

drängungen, ohne Selbstbetrug und „Trug für Gott“ (Hiob) sagen zu den namenlosen, grauenhaften Leiden in der Natur, in der Geschichte und im menschlichen Zusammenleben? Können sie über die Hoffnung, daß Tod und Untergang nicht das schlechthin Letzte sind, in Traditionen des Bilderverbots und der negativen Theologie überhaupt noch etwas sagen? Für Kant gab es „keine erhabeneren Stelle im Gesetzbuche der Juden, als das Gebot: Du sollst dir kein Bildnis machen“. Bilderverbot bedeutete für ihn bei seiner neuen Vermessung der Grenzen der Vernunft jedoch nicht einfach, wie für Spätere, Denk- und Sprechverbot. Es mag sein, daß Menschen angesichts der Widerfahrnisse von Leiden ihre letzten Hoffnungen mit Bildern, Metaphern und Geschichten bzw. in Denkmodel-

len und Spekulationen über das Schon und Noch-Nicht der Erlösung auspinseln müssen. Die Darstellungen und Aussagen über das Paradies und die letzten Dinge, die in allen Religionen und Kulturen entwickelt wurden, sind voll von ihnen. Für eine Philosophie, die in einer Welt etsi deus non daretur über die Genese der Projektionen menschlich-allzu menschlicher Wünsche, Bedürfnisse, Ängste und Kontingenzbewältigungspraktiken sowie deren Vergegenständlichung und Anbetung einige Einsichten gewonnen hat, kann vielleicht der Satz des Paulus von einer Hoffnung nachdenklich machen: „Wir sind gerettet, doch in der Hoffnung. Hoffnung aber, die man schon erfüllt sieht, ist keine Hoffnung.“

Willi Oelmüller

Notwendige Bemühungen mit bescheidenem Erfolg

Der Dialog zwischen den Religionen in Israel

In Israel treffen die drei monotheistischen Religionen aufeinander: Im jüdischen Staat leben auch Muslime und Christen; religiöse und politische Ansprüche sind im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ineinander verkettet. Der interreligiöse Dialog ist unter diesen Umständen so notwendig wie schwierig. Es gibt zwar eine Reihe entsprechender Gruppen und Initiativen, aber sie haben bislang keine Breitenwirkung.

Welcher Ort könnte für einen interreligiösen Dialog zwischen Christen, Juden und Muslimen geeigneter sein als Jerusalem und das Heilige Land? Die Stadt und das Land Israel oder Palästina gelten allen drei monotheistischen Religionen als heilig. Für die Juden ist Israel das Verheißene Land, für Christen das Land, in dem Jesus gelebt hat und gestorben ist, und für die Muslime ist Jerusalem der Ort, an dem der Prophet auf dem Pferd Burak in den Himmel aufgefahren ist.

Jerusalem stellt eine moralische Herausforderung für seine Bewohner dar; seine Exklusivität und geistige Bedeutung als Ort der Verheißung und des Leidens kann nicht hoch genug veranschlagt werden. So muß sich in Jerusalem auch zuerst zeigen, ob Juden, Christen und Muslime in Frieden und Toleranz zusammenleben können. Die meisten Bewohner sind sich dieser Bedeutung ihrer Stadt aber kaum bewußt. Zu ihnen gehört nicht Bürgermeister *Teddy Kollek*. Auf die Frage, warum Jerusalem keine Partnerstadt habe, entgegnete er: „Sagen Sie mir, welche?“ Ansonsten leben die Menschen wie in jeder anderen Stadt anonym nebeneinander.

Die berechtigten Ansprüche aller drei Weltreligionen müssen durch die politisch Verantwortlichen realisiert werden, damit friedliche Koexistenz und nicht bewaffnete Gewalt die Oberhand gewinnt. Die politische Situation in Israel kann nicht mehr allein durch Politiker, Militärs und Bürokraten, durch

Geld oder Waffen gelöst werden. Es braucht vordringlich Menschen, die bereit sind, Vorurteile und Mißtrauen zwischen den einzelnen Religionsgemeinschaften abzubauen und für den Wert zwischenmenschlicher Beziehungen einzutreten. Dazu sind die drei Weltreligionen von ihrer Lehre her geradezu prädestiniert, da sie jeweils auch auf eine lange Tradition religiöser Toleranz zurückblicken können.

Eine Vielzahl christlicher Kirchen

Der interreligiöse Dialog in Israel wird durch die Vielzahl religiöser Gruppierungen nicht gerade erleichtert. Unübersehbar fast ist die Vielfalt der Kirchen im Nahen Osten. Die unübersichtliche Zahl der *christlichen Gemeinschaften* in Israel kann man in vier Kategorien einteilen: Orthodoxe, Monophysiten, Katholiken (Lateinische und Unierte) und Protestanten. Sie setzen sich aus zwanzig alten und einheimischen Kirchen sowie aus dreißig protestantischen Gruppen zusammen. Mit Ausnahme der ältesten Nationalkirche – der Armenischen – und einiger anderer sprechen die einheimischen Kirchen überwiegend Arabisch.

1. Die griechisch-orthodoxe Kirche. – Sie hält sich für die Mutterkirche von Jerusalem, dessen Bischof den Titel eines

Patriarchen seit dem Konzil von Chalcedon im Jahre 451 führt. Diese Glaubensrichtung erkennt nur die Lehre der ersten sieben Konzilien an. Seit 1054 lebt sie mit Rom im Schisma. Daneben haben noch die russisch-orthodoxe (seit 1858) und die rumänisch-orthodoxe Kirche (seit 1935) ihre Repräsentanten in Jerusalem.

2. Die Monophysiten oder die nicht- bzw. vorchalcedonischen Kirchen. – Es sind jene Ostkirchen, die die Lehre des Konzils von Chalcedon nicht anerkennen, die besagt, daß in Christus zwei Naturen in einer Person vereint seien. Dieser Richtung gehören die armenische, die koptische, die äthiopische und die syrisch-orthodoxe Kirche an.

3. Die römisch-katholische Kirche und die Unierten. – Seit der Kreuzfahrerzeit von 1099 an gibt es das lateinische Patriarchat von Jerusalem. Seit 1988 hat mit *Michel Sabah* erstmals ein Palästinenser dieses Amt inne. Zu den mit Rom unierten Kirchen gehören die Maroniten; sie sind seit 1182 mit Rom vereint und die einzige Ostkirche, die vollständig katholisch ist. Desweiteren bekennen sich die griechisch-katholische (Melkiten), die syrisch-katholische, die armenisch-katholische, die koptisch-katholische und die chaldäisch-katholische Kirche (Nestorianer) zu Rom.

4. Die Anglikaner und die anderen protestantischen Denominationen. – Die protestantischen Gemeinschaften in Jerusalem haben sich erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Zuge der Wiederentdeckung des Heiligen Landes als Missionsgebiet gebildet. Sie sind die bunteste Familie in der religiösen Landschaft des Nahen Ostens. Zu ihnen zählen die Anglikaner, die Lutheraner, die Baptisten und die Presbyterianer. Die Anzahl ihrer Mitglieder ist jedoch gering. Ihr Auftreten wurde von den alten Kirchen als Proselytenmacherei angeklagt. Das allmähliche Tauwetter zwischen ihnen und den alten Kirchen wird aber massiv durch das Eindringen fundamentalistischer Sekten gefährdet. Mit massiver finanzieller Unterstützung aus den USA entpuppen sich diese Gruppen als unkritische Apologeten der israelischen Besatzungspolitik auf der Westbank und im Gaza-Streifen und bringen keinerlei Verständnis für die einheimischen Christen auf.

Religion und Politik im Nahen Osten

Trotz vielfältiger Schwierigkeiten innerhalb der christlichen Gemeinschaften hat sich eine Vielzahl von Organisationen gebildet, die sich für ein besseres Verständnis nicht nur der Christen untereinander, sondern auch zwischen Juden und Christen sowie zwischen allen drei monotheistischen Religionen einsetzen. In diesem Zusammenhang seien nur einige exemplarisch erwähnt: die Israel Interfaith Association, die Rainbow Gruppe, die Ecumenical Theological Research Fraternity, das Tantur Ecumenical Institute for Theological Studies, der Interreligious Coordinating Council in Israel (ICCI) sowie auf palästinensischer Seite Al-Liqa (Der Treff).

In kaum einer Gegend der Welt sind Religion und Politik so miteinander verwoben wie in Israel oder Palästina. An dieser

ungelösten Problematik hängt oft das Gelingen eines fruchtbareren Dialoges. So ist es bis dato nicht möglich, einen Dialog in Israel zu führen. Zu groß sind die Animositäten zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften. Deshalb kann es nicht hoch genug veranschlagt werden, wenn das Martin-Buber-Haus (Heppenheim) versucht, einen solchen Dialog vom 11. bis 15. Juli 1993 erstmalig in Haifa zu veranstalten. Ein Vorbereitungskomitee unter Vorsitz von Rabbiner *Ehud Bandel* bemüht sich, Vertreter der drei monotheistischen Religionen aus Israel an einem Ort zusammenzuführen. Dieses Vorhaben erweist sich als äußerst delikates, da sich die Vertreter der Muslime dagegen wehren, daß Vertreter der Bahai an diesem Treffen offiziell teilnehmen. Als einen Kompromiß hat man den Besuch des Bahai-Heiligtums in Haifa auf die Tagesordnung gesetzt.

Ebenfalls wird aller Voraussicht nach kein Theologe aus der Westbank vertreten sein. Dies ist bedauerlich, da sich gerade dort eine *palästinensische Befreiungstheologie* entwickelt hat, die sich auf diesen interreligiösen Dialog durchaus fruchtbar auswirken könnte. So pflegt „Al-Liqa“ den Dialog nur im westlichen Ausland, wie z.B. in Schweden oder in Deutschland bei der Konrad-Adenauer-Stiftung geschehen. Für *Mitri Raheb*, protestantischer Pastor in Bethlehem, ist die Zeit für einen Dialog in „Israel-Palästina“ noch nicht reif. Er lehnt

Werner Thiede

Auferstehung der Toten – Hoffnung ohne Attraktivität?

Grundstrukturen christlicher Heilserwartung und ihre verkannte religionspädagogische Relevanz. (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie, Band 65). 1991. XII, 437 Seiten, kart. DM 98,- ISBN 3-525-56272-1

Die Auferstehungserwartung droht durch materialistisch und spiritualistisch geprägte Weltanschauungen wie auch durch komplexe dogmatische Entwicklungen entwertet zu werden. Diese exegetisch und dogmengeschichtlich fundierte Untersuchung analysiert, welche Folgen dieser gravierende Bedeutungsverlust in Kirche und Gesellschaft und insbesondere auf dem Feld der neueren Religionspädagogik hat. Von daher kommt es zu einer kritisch-konstruktiven Reflexion gängiger religionsdidaktischer Leitbegriffe mit dem Ergebnis, daß eine verstärkte Rückbesinnung auf die elementaren Gehalte der christlichen Auferstehungshoffnung dringend notwendig ist.

V&R Vandenhoeck & Ruprecht
Göttingen / Zürich

den Dialog mit „Fraternity“ auch deshalb ab, weil diese Gruppe zu pro jüdisch und zu westlich orientiert sei. Raheb akzeptiert keinen Dialog mit einer westlichen Agenda: „Das Palästinenserproblem gehört auf die Tagesordnung eines jeden interreligiösen Dialogs in Europa.“

Das Problem von Religion und Politik sieht auch *Michael Krupp*, neuer Generalsekretär von „Interfaith“ und Beauftragter der Berlin-Brandenburgischen Kirche für das interreligiöse Gespräch. Nach Krupp war es ursprünglich nie die Absicht der Organisation, in die besetzten Gebiete zu gehen, „weil diese Dinge politisch geklärt werden müssen. Sie lassen sich nicht durch politische Good-will-Touren lösen“. Trotz dieser Einsicht werden in „Interfaith“ Stimmen laut, auch über den religiösen Tellerrand hinauszuschauen und sich stärker politisch zu engagieren. Die prekäre Lage der Palästinenser macht dies fast unumgänglich. So ist es nicht verständlich, warum die Religionsgemeinschaften bei eklatanten Verletzungen der Menschenrechte schweigen sollten.

Der Göttinger Politologe *Bassam Tibi* warnt vor einer Politisierung des interreligiösen oder interkulturellen Dialogs. So sei der islamisch-christliche Dialog auch deshalb gescheitert, „weil die genannten Voraussetzungen nicht erfüllt waren“.

Hans Küngs gutgemeinte – aber etwas blauäugige – Vorstellung, daß Europäer auch ihre Fundamentalisten hätten und deshalb mit islamischen Fundamentalisten in einen Dialog eintreten sollten, berücksichtige nicht die Tatsache, daß ohne Toleranz und Pluralismus beider Seiten jeder Dialog in einer Sackgasse ende. Dialog sei für Muslime der Versuch, „Nicht-Muslime von der für sie allein wahren islamischen Offenbarung zu überzeugen“, so der renommierte Islamkenner Tibi. Reformwillige Christen dagegen sähen diesen Dialog auch als Korrektur eigener Vorstellungen. Als unabdingbar für den Erfolg eines Dialogs hält Tibi zweierlei: erstens die gegenseitige Anerkennung der Gleichheit auf der Basis gemeinsam akzeptierter Normen und Werte wie Toleranz und Pluralismus und zweitens allseits akzeptierte Formen der gewaltfreien Konfliktaustragung. Ohne diese Selbstverständlichkeiten scheine jeder Dialog auf Sand gebaut. Es dürfe deshalb keinen Dialog nur um des Dialoges willen geben.

Eine interessante Version des Ineinander von Politik und Religion präsentiert *Ehud Bandel*, Executive Director von „Rabbies for Human Rights“, einer Organisation, die ein Spektrum von orthodoxen bis zu reformierten Rabbinern umfaßt, wenn er im Blick auf eine Konfliktlösung von einer „Verschmelzung des Politischen mit dem Spirituellen“ spricht. Von dieser „Kultivierung des Herzens“ verspricht sich Bandel einen Weg, der die Menschen weg von ihren tiefverwurzelten Vorurteilen zu einer größeren Vision des friedlichen Zusammenlebens führen kann. Ein solches Zusammenleben könne nicht nach der Devise „Gott ist mit uns“ gelingen. Religion sollte nach Bandel dazu eingesetzt werden, um Bescheidenheit und Menschlichkeit zu leben und nicht Arroganz und Rechthaberei. Wie man eine solche Haltung der fundamentalistischen Hamas-Bewegung oder der israelischen Armee vermitteln

kann, stellt sich als schwieriges Unterfangen für die Dialoggruppen in Israel heraus.

„Interfaith“ ist die größte und älteste interreligiöse Organisation in Israel; sie wurde 1957 gegründet und pflegt einen regen Austausch zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften. In ihr sind Juden, Christen, Muslime und Bahai Mitglieder. Daß man auch auf das praktische Kennenlernen des anderen Wert legt, zeigte ein Besuch am 14. Oktober 1992 in dem arabischen Dorf Shfar'am in Galiläa. Der Bürgermeister des Ortes, der gleichzeitig auch Präsident der arabischen Gemeinden in Israel ist, *Ibrahim Nimr Hussein*, sah in dem Besuch einen „Meilenstein auf dem Weg zu einem besseren Verstehen der Völker im Nahen Osten“. Der Bürgermeister, der gerade von einem Besuch bei König Hussein von Jordanien zurückgekehrt war, wertete den Besuch von „Interfaith“ als Anerkennung des Friedenswillens der arabischen Bevölkerung Israels. In Shfar'am leben rund 10000 Einwohner friedlich zusammen, von denen 40 Prozent den verschiedenen christlichen Kirchen angehören (vor allem Orthodoxe und Griechisch-Katholische), 40 Prozent Muslime und 20 Prozent Drusen sind.

Stolpersteine für den interreligiösen Dialog

Schwieriger gestaltet sich schon der Dialog mit den Muslimen generell. Von verschiedener Seite wird er sogar als nicht existent oder als totaler Fehlschlag eingeschätzt. Den Grund sehen *Michael Krupp* und Rabbiner *David Rosen* von der Anti-Defamation League im „prämodernen“ Charakter des Islam. Deshalb war der Dialog im Kulturellen und Sozialen immer stärker als im Religiösen. Das Fehlen der Muslime in diesem Dialog beklagte auf einer Veranstaltung von „Interfaith“ im November 1991 der Erzieher *Muhamed Hourani*. Ihm zufolge hat es der Islam nicht vermocht, als gleichberechtigter Partner in das Religionsgespräch einzusteigen. Bedauerlich sei aber auch die Feindseligkeit gegenüber dem Islam sowohl in der christlichen als auch in der jüdischen Welt. Nach jedem muslimischen Attentat werde der ganze Islam dafür verantwortlich gemacht. Für Juden wie Christen sei der Islam nur mit dem Dihad, dem heiligen Krieg, verbunden. Dabei verkenne man, daß für den Islam nicht nur die Welt des Islam und die Welt des Krieges bestehe, sondern auch die der Versöhnung und des friedlichen Ausgleichs.

Als sich „Interfaith“ anschickte, Mitte April 1991 erstmalig palästinensische Befreiungstheologen zu einer Diskussion einzuladen, war der Bruch mit der konservativ-religiösen Schamir-Regierung besiegelt. Die Organisation erhielt fortan keinerlei finanzielle Unterstützung mehr und ist seither „wirklich unabhängig“, wie es Krupp ausdrückte. *Geries Khoury*, der Begründer des Al-Liqa-Zentrums in Bethlehem und Verfasser des Buches „Intifada im Himmel und auf Erden“, und der protestantische Pastor von Ramallah, *Munib Jounan*, diskutierten vor Mitgliedern der Organisation „Interfaith“ über

die Schwierigkeiten der palästinensischen Christen mit dem Gott des Alten Testaments. Ist dieser Gott der gleiche wie der des Neuen Testaments? Jounan betonte, daß aber gerade das Alte Testament die arabischen Christen anspreche, da sie einen direkteren Zugang zu den Texten hätten als westliche Christen. Die Bibeldeutung vieler westlicher Christen, besonders der israelfanatischen *Fundamentalisten*, habe viel zur Entfremdung zwischen Altem Testament und Palästinensern beigetragen.

Einige dieser fundamentalistischen Gruppen vertreten die Ansicht, daß Israel den göttlichen Bund und damit das Recht auf das Land Israel verwirkt habe; demgegenüber steht die Mehrzahl dem Anspruch der Juden auf einen eigenen Staat mit großer Sympathie gegenüber. Die fundamentalistischen Strömungen begrüßen die Rückkehr der Juden enthusiastisch als ein Anzeichen des nahen Bevorstehens der Wiederkunft Christi. Einige Gruppen identifizieren sich mit den radikalen Teilen der israelischen Gesellschaft. Sie lehnen jeden interreligiösen Dialog ab und stellen eine schwere Belastung für diesen dar. Die einseitige Unterstützung Israels von seiten dieser Gruppierungen hat dazu geführt, daß sie arabischen Christen in den besetzten Gebieten stark unter islamischen Druck geraten sind. Sie müssen sich dafür rechtfertigen, daß das Christentum die Besatzungsmacht auf Kosten der anderen Gläubigen unterstützt. Dies birgt die Gefahr in sich, daß alle Christen als Feinde der Muslime angesehen werden. Enormem Druck sind die Christen in Bethlehem und Ostjerusalem ausgesetzt. Sie müssen ihre Loyalität gegenüber der palästinensischen Sache jederzeit unter Beweis stellen. Die arabischen Christen lehnen deshalb diese fundamentalistischen Gruppen entschieden ab, weil sie den Interessen nicht nur der Christen vor Ort, sondern generell allen Christen schaden.

Eine „palästinensische Befreiungstheologie“ oder eine „Theologie im palästinensischen Kontext“ konnte sich nur auf dem konkreten Hintergrund der Besetzung der Westbank und des Gazastreifens durch Israel entwickeln. Bei der Bibellektüre müssen sich Christen unausweichlich die Frage stellen, wie zu reagieren sei, wenn „verheißenes Land“ das ist, was besetzt oder enteignet wird. Oder: Was bedeutet es, Christ unter einer Besatzungsmacht zu sein? Sollen Christen Widerstand leisten oder Feindesliebe üben? *Mitri Raheb* gehört neben *Naim Stifan Ateek*, *Geries Khoury* und *Munib Jounan* zu den Mitbegründern einer palästinensischen christlichen Befreiungstheologie im Kontext israelischer Besetzung. Diese Theologen machen die Europäer für die Leiden sowohl der Juden als auch der Palästinenser verantwortlich: Ohne den Holocaust hätten die europäischen Mächte nicht die Gründung des Staates Israel zugelassen, wäre es auch nicht zur Vertreibung von einer Million Palästinensern gekommen.

Palästinensische Christen haben es leichter, sich mit Muslimen zu verständigen, da sie Sprache, Kultur, Schicksal und politische Erwartungen und Ziele mit ihnen teilen. Dennoch ist für die palästinensischen Christen der Dialog mit den Juden zentral, gerade weil er weit schwerer ist. Hierbei ist ein

Austausch über die Person Jesu – über die sich Christen und Juden nicht einig werden könnten, wollen sie sich nicht selbst aufgeben – viel weniger wichtig als eine Diskussion über Streitpunkte wie Land und Erwählung.

Wie problematisch die Beziehung von Land und Erwählung für die Existenz der Palästinenser ist, macht *Mitri Raheb* deutlich: „Ich wußte, daß das, was ich als Palästinenser von der israelischen Besatzung erlebe, gegen die Würde und die Vernunft des Menschen verstößt. Nach menschlichem Ermessen ist dies eine Ungerechtigkeit. Daß diese erlebte Ungerechtigkeit nach jener biblischen Auslegung nichts anderes als Gottes Gerechtigkeit bedeutete, wollte mir nicht in den Sinn gehen. In diesem Dilemma befinden sich alle christlichen Palästinenser.“

Nur von einer kleinen Elite getragen

Die alttestamentliche Verheißung wurde Israel und den Palästinensern in dem Augenblick zum Problem, als die Besiedlung Palästinas durch die zionistische Bewegung von dieser als Rückkehr in das Land der Väter propagiert wurde. Daß Israel seine Geschichte mit Gott als etwas Einmaliges sieht, ist für *Mitri Raheb* verständlich und in der Natur der Sache begründet. Israels Beurteilung seiner Geschichte mit Gott als eine einmalige Erscheinung sei ein Zeugnis, das im Glauben begründet und nur so zu verstehen sei. Werde diese Glaubensaussage aber verabsolutiert und für Israels expansionistische Politik vereinnahmt, dann sei das pure Ideologie. Die Verheißung Gottes sei nicht exklusiv an die Juden der damaligen Zeit ergangen, sondern stellvertretend für alle Völker an Abraham als ein Programm: „und in dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf Erden“ (Gen. 12,3). Werde die Wirkungsgeschichte nicht mit in den Kontext einbezogen, entstehe die Gefahr, ewige Wahrheiten vermitteln zu wollen. Eine Theologie, die dies nicht berücksichtige, könne Heil oder Unheil, Befreiung oder Versklavung, Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit, Frieden oder Krieg bedeuten. Deshalb spielten für die Auslegung die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Implikationen, Motivationen und Interessen eine zentrale Rolle.

Kritiker der palästinensischen Befreiungstheologie wie *Malcolm Lowe*, Mitarbeiter des Shalom Hartmann Institutes in Jerusalem, werfen den Repräsentanten dieser Theologie vor, ähnlich zu argumentieren wie weiland die „Deutschen Christen“ im Dritten Reich. Ihre Theologie sei zu ideologisiert und gehe mit den historischen Fakten zu selektiv um.

Der interreligiöse Dialog in Israel geht schleppend voran, und er wird nur von einer *kleinen Elite* getragen und erreicht nicht die einfachen Menschen. Diese Elite trifft sich bei offiziellen Anlässen, aber ihre Kontakte bleiben an der Oberfläche. Sie führen nicht zu einer sozialen Integration, da die Masse der Bevölkerung dem Dialog fremd gegenübersteht. Obwohl eini-

ge orthodoxe Juden daran teilnehmen, bleibt das orthodoxe Establishment außen vor. Wie schwer sich orthodoxe und ultra-orthodoxe Juden mit einem solchen Gespräch tun, machte eine als kleine Sensation empfundene öffentliche Debatte zwischen vier orthodoxen Rabbinern deutlich: sie kamen zu dem verblüffenden Ergebnis, daß orthodoxe Juden nicht an einem interreligiösen Dialog teilnehmen dürfen. Als ein Erfolg kann dieses Treffen in Jerusalem aber dennoch gewertet werden, weil sich bis dato niemand aus dem orthodoxen Lager bereitgefunden hat, über dieses Thema öffentlich zu diskutieren.

Es disputierten Rabbiner *Joel Schwarz*, Lehrer einer Talmudhochschule im ultra-orthodoxen Viertel Mea Shearim, *Zwi Marx*, Lehrer des neo-orthodoxen Shalom Hartmann Institutes, sowie die Professoren *Zeev Falk* und *Schlomo Rosenberg* von der Hebräischen Universität. Es grenzt an eine Sensation, daß sich ein Vertreter der Ultra-Orthodoxen bereit gefunden hat, öffentlich mit „Ungläubigen“ aufzutreten. Schwarz machte sofort deutlich, daß ein Dialog mit Andersgläubigen für ihn nach dem jüdischen Religionsgesetz nicht möglich sei, weil ein Dialog mit gleichberechtigten Partner die Religion des anderen bestätigen würden. Da aber nach jüdischer Vorstellung nur das Judentum den wahren Gott verkündige und Anbetung dieses Gottes von allen anderen Völkern verlange, sei jede Religion, die anderes verkündige, Götzendienst. Eine Vielfalt oder eine Gleichberechtigung der Religionen könne es nicht geben. Es gebe nur den Gott Israels oder aber Götzen. Auch Schlomo Rosenberg warnte vor den Gefahren des Dialoges. Vor allem komme es darauf an, die Unterschiede nicht zu verwischen. Ein Dialog zwischen Juden und Christen müsse immer ein ungleicher sein, da die Christen problemlos die Psalmen beten könnten, wohingegen christliche Gebete für Juden nicht mitsprechbar seien, wenn sich ein gläubiger Jude nicht selbst aufgeben wolle. Marx und Falk vertraten dagegen die Ansicht, daß auch das orthodoxe Judentum zum Dialog verpflichtet sei.

Eine weitere Schwierigkeit, die den interreligiösen Dialog belastet, ist die *arabische Identität*, der sich sowohl Christen als auch Muslime zurechnen. Ihr Widerstand gegen die jüdische Herrschaft und die psychologischen Folgen der israelischen Besatzungspolitik haben einen Dialog hervorgebracht, der eine Kopie des westeuropäisch dominierten ist. Weder Muslime noch die arabischen Christen haben eine Beziehung zum jüdischen Staat und zum Judentum. Auch fehlt ihnen das Schuldbewußtsein gegenüber dem Holocaust, da sie dafür nicht verantwortlich gemacht werden wollen. Sie fühlen sich sogar selbst als Opfer. Dieses Schuldbewußtsein tragen nur westliche Christen mit sich herum. Das prämoderne Bewußtsein der arabischen Christen reflektiert auch nicht den latent vorhandenen Antisemitismus in ihrer Liturgie, und sie machen keinerlei Anstalten wie die westlichen Kirchen, diesen zu revidieren.

Der größte Teil der einheimischen Christen ist damit beschäftigt, die Interessen ihrer jeweiligen Glaubensrichtung durchzusetzen und hat kein Interesse an einem Dialog, bei dem sie, so glauben sie, nur verlieren können. So vertritt der grie-

chisch-orthodoxe Patriarch Diodoros I. die Meinung, daß die anderen christlichen Gemeinschaften diesen Dialog dazu benützen, um Proselyten zu machen. Seine Sorge ist insofern berechtigt, da eine große Anzahl orthodoxer Christen sich in letzter Zeit der römisch-katholischen oder der griechisch-katholischen Kirche angeschlossen haben.

Der Dialog mit nahöstlicher Tagesordnung

Wie wird sich der interreligiöse Dialog in Zukunft entwickeln? Wenn diese Form des Dialogs überleben will, muß es den Verantwortlichen gelingen, die wichtigsten Repräsentanten aller drei monotheistischen Religionen in ein intensives Gespräch einzubinden. Die *westliche* Agenda des Dialogs ist durch eine *nahöstliche* zu ersetzen. Die alles dominierenden Themen Holocaust und Antisemitismus müssen durch das Palästinenserproblem und die Intifada ergänzt werden, denn beides beeinflußt tief das Leben der Menschen vor Ort. Der Dialog kann nicht nur religiös orientiert bleiben, sondern muß politisch werden, was jedoch nicht bedeutet, daß er direkt Einfluß auf die Politik Israels nehmen sollte. Politisch meint, daß das Humanum, und um dieses geht es doch primär, ein Politikum ist. Der interreligiöse Dialog in Israel darf deshalb nicht die Augen vor der israelischen Besatzungspolitik und den damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen verschließen. Er ist so delikats, daß schon der kleinste Zwischenfall ihn auf Eis legen kann; man braucht dabei gar nicht an den Versuch extremistischer Juden zu denken, den Felsendom zu sprengen.

Vertrauensbildende Maßnahmen von seiten der Politik müssen flankierend hinzu kommen. So müßte Israel seine Sicherheitsneurose und seine Besatzungspolitik grundlegend überdenken. Hoffnungen, die in die Rabin-Regierung gesetzt worden sind, haben sich leider bisher nicht erfüllt. Rabin knüpft dort an, wo die Schamir-Mannschaft aufgehört hat, und zwar in der täglich zunehmenden Diskriminierung der Palästinenser. Die Sicherheitsparanoia Israels und ein aggressiver Zionismus korrespondieren mit einer Zunahme des Fundamentalismus, Antisemitismus und Antizionismus sowohl in den besetzten Gebieten als auch weltweit. Will Israel wirklich durch eine starre Haltung der Hamas-Bewegung und dem islamischen Djihad die Menschen in die Arme treiben? Beide Bewegungen sind das Ergebnis der fortwährenden Besatzung. Der andauernde Friedensprozeß hat unter den Palästinensern zu Frustrationen geführt; man fühlt sich von den Israelis nicht ernstgenommen und vorgeführt.

Rabbiner David Rosen hält die interreligiöse Aktivität für eine „prophetische“. Dabei läßt es sich nicht vermeiden, daß es zu einer Verstrickung von Religion und Politik kommt, wie sie bei den Propheten zu beobachten war. Durch diese prophetische Macht kann es aber zu einer Transformation von Feindschaft und Zerstörung in gegenseitigem Respekt und Harmonie kommen.

Ludwig Watzal